

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Christian Lausch, Mag. Christian Ragger
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Durchföhrung von Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 7, Bericht des Volksanwaltschaftsausschusses über den 47. Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 2023) (III-1135/2578 d.B.), in der 268. Sitzung des Nationalrates, am 13. Juni 2024

Die Volksanwaltschaft hat sich in Kapitel 3.6.1 des in Verhandlung stehenden Berichtes mit dem Thema Asyl- und Fremdenrecht auseinandergesetzt. Eine der meistdiskutierten Forderungen in diesem Politikfeld ist die Durchföhrung von Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien.

ÖVP-Innenminister Gerhard Karner hat angekündigt, in Zukunft auch für Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan einzutreten:

„Es spreche nichts gegen Abschiebungen von Extremisten direkt nach Afghanistan und Syrien. Auch wenn das wohl eine Zusammenarbeit mit dem Taliban-Regime bedeuten würde.“¹

„Das Innenministerium beruft sich bei seiner Einschätzung der Lage in Syrien auf den jüngsten Jahresbericht der EU-Asylagentur (EUA): Darin heißt es, dass in der syrischen Hauptstadt Damaskus, wo sich derzeit an die 600.000 Binnenflüchtlinge aufhalten, „kein echtes Risiko für Zivilisten“ besteht. In nahezu allen anderen Regionen und Städten des vom Krieg verwüsteten Landes sieht es allerdings anders aus.“²

SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler sagte in diesem Zusammenhang in einem Statement gegenüber der „Krone“:

„Wir können nicht dulden, dass jemand Messerattentate auf Polizisten verübt oder diese Taten gutheißt. Diesen Menschen muss mit allen möglichen Konsequenzen des Rechtsstaats begegnet werden, das sind hohe Gefängnisstrafen und kann auch bis zur Ausweisung gehen. Dafür bräuchte es Rückführungsübereinkommen – die die Regierung seit Jahren nicht zustande bringt. Ich erwarte mir von Bundeskanzler Nehammer, dass er hier endlich Ergebnisse erzielt. Es kann nicht sein, dass wir hier immer nur zuwarten und auf andere Länder schielen, anstatt selbst zu handeln.“³

SPÖ-Klubobmann Philip Kucher unterstützt in der ZIB2 diesen Vorstoß:

„...denn wer Mord und Terrorismus bejubelt, ist in Wahrheit kein Schutzsuchender“. Es braucht hier „ganz klare Konsequenzen des Rechtsstaats, beginnend mit hohen Haftstrafen bis hin zu Abschiebungen“, so Kucher weiter.⁴

¹ <https://orf.at/stories/3359904/>

² <https://kurier.at/politik/inland/abschieben-syrien-faktencheck-unhcr-uno-asylsuchende-strafstaeter/402869186>

³ <https://www.krone.at/3407330>

⁴ <https://orf.at/stories/3359904/>

Selbst der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will die Abschiebung von Schwerstkriminellen nach Afghanistan und Syrien wieder ermöglichen:

*"Solche Straftäter gehören abgeschoben, auch wenn sie aus Syrien und Afghanistan stammen", sagte Scholz am Donnerstag im Bundestag. "Schwerstkriminelle und terroristische Gefährder haben hier nichts verloren."*⁵

Unterstützt wird dieser Vorschlag von Bundeskanzler Karl Nehammer auf seinem X-Profil:



Karl Nehammer

@karlnehammer

Ich teile die Haltung von [@Bundeskanzler Olaf Scholz](#) voll und ganz. Wir müssen rechtliche Möglichkeiten schaffen, um Straftäter, Gefährder und Verherrlicher von Terrorismus abzuschieben, auch nach Afghanistan und Syrien. Das Sicherheitsinteresse unserer Länder wiegt schwerer als das Schutzinteresse der Täter. Wir werden in dieser Frage die enge Zusammenarbeit mit Deutschland suchen.

Es ist daher Zeit für einen nationalen Schulterschluss über alle Parteigrenzen hinweg, zumal die FPÖ bereits am 10. Jänner 2023 einen entsprechenden Antrag eingebracht hat!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass Abschiebungen insbesondere nach Afghanistan und Syrien wieder durchgeführt werden.“

⁵ <https://kurier.at/politik/ausland/scholz-deutschland-abschiebungen-schwerstkriminelle-afghanistan-syrien-mannheim/402909384>